



Interviews

Datum: 9. November 2023

Saskia Esken, Co-Vorsitzende der SPD, im Gespräch mit Friedbert Meurer zur Reichensteuer

Friedbert Meurer: Vor gut zwei Jahren gewann die SPD die Bundestagswahl. Das war selbst Monate vorher für glatt unmöglich gehalten worden. Auch danach hat man lange in der SPD geglaubt, das Zugpferd Olaf Scholz wird es auch beim nächsten Mal schon richten. Aber das könnte zu wenig sein. Die SPD will ihr Profil als Partei der sozialen Gerechtigkeit stärken und deswegen heißt es jetzt, Multimillionäre sollen mehr Steuern bezahlen. Diese Woche wurde der Leitantrag für den Parteitag im Dezember bekannt. - Saskia Esken ist die Co-Vorsitzende der SPD. Guten Morgen, Frau Esken!

Saskia Esken: Guten Morgen!

Meurer: Sie wollen bei den Topverdienern ansetzen - das sind die, die 45 Prozent Steuern bezahlen -, eine temporäre Krisenabgabe draufpacken. Wie genau soll die Krisenabgabe aussehen?

Esken: Es geht uns vor allem darum, dass wir diese sehr, sehr hohen Einkommen und übrigens auch die sehr hohen Erbschaften höher besteuern wollen, um gleichzeitig zum einen die kleinen Erbschaften und die geringen Einkommen und die mittleren Einkommen zu entlasten, aber auch die Handlungsfähigkeit des Staates zu erhöhen, um in wichtige Infrastrukturthemen zu investieren.

Meurer: Um das in Zahlen zu nennen – es werden noch ein paar Zahlen in dem Interview eine Rolle spielen: Verdiener ab 277.000 Euro. Haben Sie eine Vorstellung, im Moment 45 Prozent Steuersatz für die – wie soll das nach Ihren Vorstellungen aussehen?

Esken: Das ist der Steuersatz, der für den ersten Euro über diesem Einkommen fällig wird und nicht für das gesamte Einkommen. Das ist der Grenzsteuersatz und nicht der Durchschnittssteuersatz. Im Durchschnitt bezahlt in Deutschland niemand mehr Einkommenssteuer als 35 Prozent.

Meurer: Was haben Sie vor?

Esken: Diese Steuern werden erhoben werden, wie ich es gesagt habe, zum einen, um die kleinen und mittleren Einkommen zu entlasten, und auch bei Erbschaften wollen wir ja was verändern, damit nicht mehr die Erbschaften unter 20 Millionen neun Prozent Steuern bezahlen, während die über 20 Millionen gerade mal drei Prozent Steuern im Schnitt bezahlen. Das ist eine umgekehrte Progression, die wir für grob ungerecht halten. Das ist das eine und das andere ist die Handlungsfähigkeit des Staates und da geht es uns vor allem um die Bildung, denn da herrscht eine große Ungerechtigkeit.

Meurer: Die Motive sind klar, die Details aber noch nicht. Sollen die 45 Prozent jetzt erhöht werden ab 277.000 Euro?

Esken: Der Grenzsteuersatz ab 277.000 Euro, die sogenannte Reichensteuer soll erhöht werden, richtig. Aber mir geht es mehr um die Ziele und das sollte diese Höchstverdiener, zu denen ich zum Beispiel auch zähle, durchaus auch interessieren. Wofür soll das Geld eingesetzt werden? – Ich glaube, dass die Akzeptanz und auch die Motivation, Steuern zu bezahlen, dadurch gesteigert werden kann, dass man weiß, worum es geht, und es geht um die Bildung.

Meurer: Die allermeisten, die jetzt zuhören, werden sagen, Frau Esken, ab 277.000 Euro, alles Verständnis der Welt, wenn die mehr als 45 Prozent bezahlen sollen, oder das in welcher Form auch immer zuschlagen soll. Bleibt aber die Frage: Warum gehen Sie nicht an die Vermögenssteuer, denn die würde ja auch alle Einkünfte mit einbeziehen? Es gibt ja Leute, die haben verdammt viel Geld, weil sie es irgendwie schon auf dem Konto liegen haben.

Esken: Wir wollen die Erbschaftssteuer erhöhen, wie ich es auch schon versucht habe auszuführen. Wir wollen die kleinen Erbschaften, die mittleren Erbschaften entlasten, weil da auch lange schon an den Freibeträgen nichts mehr gemacht wurde. Omas klein Häuschen und ein bisschen mehr soll entlastet werden bei der Erbschaftssteuer. Aber es werden in Deutschland im Jahr 400 Milliarden Euro vererbt und sehr ungleich vererbt und dadurch erhöht sich die Vermögensungleichheit, die Sie ansprechen, noch mal wesentlich.

Meurer: Die Erbschaftssteuer fällt dann an, wenn die Erbschaft übertragen wird. Aber wenn dann jemand von diesem Geld über Jahre hinweg lebt, könnte ich mir vorstellen, dass eine Vermögenssteuer greift. Deswegen noch mal: Verzichten Sie auf die Vermögenssteuer, weil Sie wissen, das geht verfassungsrechtlich nicht? Oder was ist der Grund?

Esken: Nein! Die Vermögenssteuer ist ja durchaus Gesetz. Sie ist ja nur ausgesetzt und wir sehen nicht davon ab, wir haben die auch weiterhin in unserer Programmatik. Im jetzt anliegenden Leitantrag aber machen wir deutlich, dass wir an die Erbschaften ran wollen, Erbschaften und Schenkungen übrigens. Das Geld kann auch schon zu Lebzeiten übertragen werden. Dort gelten dieselben Regeln und da müssen wir ran.

Meurer: Sie wollen das Geld, das Sie zusätzlich einnehmen, vor allen Dingen für die Bildung nehmen. Manche werden sagen, ich bezahle als Normalverdiener so viele Steuern, warum werden meine Steuern nicht gesenkt für Leute, die vier, 5000 Euro im Monat verdienen. Ihnen ist die Bildung wichtiger?

Esken: Ich hatte zu Beginn des Interviews bereits mehrfach ausgeführt, dass wir sowohl mit den Mehreinnahmen bei den hohen, sehr, sehr hohen Erbschaften und bei den sehr hohen Einkommen die geringen und mittleren Einkommen und die kleinen Erbschaften entlasten wollen, und wir wollen in die Bildung investieren.

Meurer: Die geringen Einkommen – ich will es wirklich genau nehmen. Jemand, der 4.200, 4.300 Brutto im Monat verdient, bezahlt schon den Spitzensteuersatz von 42 Prozent. Daran wollen Sie nichts ändern?

Esken: Doch! Wie ich bereits sagte: Die mittleren Einkommen sollen entlastet werden. Das heißt, wir wollen die Mehreinnahmen dazu verwenden, um genau diese Einkommen, von denen Sie sprechen, steuerlich zu entlasten. Übrigens, um es noch mal zu sagen: Die bezahlen die 42 Prozent auf den obersten Euro und nicht auf das gesamte Einkommen.

Meurer: Die ärgern sich aber trotzdem, wenn da die Zahl 42 Prozent steht. Spitzensteuersatz, denkt man, die zahlen die Reichen.

Esken: Die steht aber allenfalls im Interview oder in der Zeitung. Auf dem Lohnzettel stehen vielleicht gerade mal 17 oder 18 Prozent. Ich finde, man muss es schon auch richtig sagen. Es geht darum, genau diese Leute zu entlasten, denn die arbeiten jeden Tag hart und kommen mit ihrem Geld nicht aus, und da müssen wir gerade in Zeiten jetzt der hohen Inflation und der Belastungen, die die Menschen zu tragen haben, auch entlasten. Das ist die eine Hälfte der Geschichte und die andere Hälfte ist, die müssen auch sich darauf verlassen können, dass das Bildungssystem alles dafür tut, dass ihre Kinder eine gute Zukunft haben, und das ist derzeit leider nicht der Fall.

Meurer: Was genau stellen Sie denen in Aussicht, die nicht ihr ganzes Einkommen, aber doch ab einer bestimmten Schwelle schon diese 42 Prozent bezahlen?

Esken: Eine Entlastung.

Meurer: Welche?

Esken: Wir werden diese mittleren Einkommen, von denen Sie sprechen, bei der Steuer entlasten. Wir wissen aber auch, dass geringe Einkommen um den Mindestlohn und darunter, denn es arbeitet nicht jeder Vollzeit, gar keine Steuern bezahlen, dass wir die bei der Steuer gar nicht entlasten können.

Meurer: Frau Esken, ein Problem bleibt noch. Die FDP sagt, mit uns keine Steuererhöhungen. Steht auch im Koalitionsvertrag. Bleibt nur die Große Koalition, damit Sie das umsetzen können?

Esken: Die FDP ist ja nicht Mitglied in unserer Partei. Das heißt, wir werden beim Bundesparteitag sicher nicht mit der FDP diskutieren, sondern mit unseren Mitgliedern. Wir haben als SPD, als Partei schon auch die Aufgabe, über die Legislatur und über die Koalition hinauszudenken und Programmatik auch zu entwerfen für eine Situation, in der wir diese Dinge umsetzen können. Wir werben auch weiterhin für unsere Konzepte und wir haben ja mit der FDP gemeinsam bereits das Startchancenprogramm vereinbart, das genau auf diese Schülerschaft zielt, von der ich gerne sprechen würde, wenn es darum geht, die Bildungsgerechtigkeit zu erhöhen. Leider erreichen wir mit dem Startchancenprogramm aber gerade mal zehn Prozent der Schulen, wo mindestens die Hälfte diese Unterstützung bräuchte. Wenn Sie sich die Situation anschauen, dass etwa ein Viertel aller Kinder am Ende der Grundschulzeit nicht genügend gut lesen, schreiben, rechnen kann, dann müssen wir da rangehen. Diese Kinder sind unsere Zukunft, sie sind unser einziger Reichtum. Wir haben keine Bodenschätze in Deutschland, wir haben nur unsere Köpfe.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.